

Wachsam sein und Position beziehen

Zum Umgang mit den Protesten von „Corona-Skeptikern“: „Aufruf zur Debatte“, FR-Tagesthema vom 18. Mai

Demonstranten können machen, was sie wollen

Ich war sehr erstaunt, wie vielen Menschen die Bemühungen um das Eindämmen der Epidemie offensichtlich völlig wurscht sind. Noch erstaunter bin ich allerdings über die wenig konsistente Reaktion der Staatsorgane, wenn hunderte Menschen ohne Schutz und Abstand unterwegs sind. Nicht nur dass solche Veranstaltungen das Virus wieder massiv verbreiten werden – es wird sich auch manch anderer überlegen, ob man es mit den Schutzmaßnahmen so genau nehmen muss, wenn diese Demonstranten machen können, was sie wollen. Ich wünsche mir von Seiten der Politik eine klare Ansage, dass Veranstaltungen in dieser Form nicht toleriert werden – und das muss dann auch durchgesetzt werden. Das hat die Polizei bei der einen oder anderen Demonstrationen eher linker Kreise ja auch geschafft. Frank Hilmer, Gießen

Ein noch viel gefährlicheres Virus

Ja, eine Meinung darf man haben! Das steht im Grundgesetz. Man darf sogar der Meinung sein, Wasser könne gegen die Schwerkraft den Berg hinauf fließen. Es ist sogar die Behauptung erlaubt, man habe das mit eigenen Augen gesehen; und dass man Freunde habe, die das ebenfalls gesehen habe. Auch dass es im Internet dafür glaubwürdige Beweise gebe und dass es dort liebe Freunde gebe, die überzeugende Hinweise dafür haben, dass den Berg hinauf laufendes Wasser für die Zukunft alle Energieprobleme löse, dass wir damit endlich das Perpetuum mobile haben; denn: Ganz neue Erkenntnisse brauche das Land. All das darf man ohne polizeistaatliche Bedrohung von sich geben. Genauso, wie sich jede und jeder in unserem Land

ungestraft lächerlich machen kann. Wir leben in Zeiten für jede Art von Comedy.

Was man aber nicht darf, ist wider besseres Wissen und in frivoler Leichtfertigkeit die ebenfalls grundgesetzlich geschützte Gesundheit und körperliche Unversehrtheit seiner Mitmenschen zu gefährden. Warum eigentlich wird mit Anschnallpflicht, Rauchverbot und Helmpflicht persönliche Freiheit eingeschränkt? Ist das alles nur dazu da, das Grundgesetz auszuhebeln, uns auf eine Diktatur vorzubereiten? Die Lüge aber über eine Impfpflicht mit einem überhaupt nicht existierenden Impfstoff in die Welt zu setzen, ist unanständig, bösartig und gemeingefährlich. Müsste nicht hier wenigstens unser Rechtsstaat mit Sanktionen längst rigoros und konsequent eingreifen? Und: Wissen denn unsere „Grundgesetzfreunde“ überhaupt, welchen Grundgesetzgegnern sie auf den Leim gehen? Und: Wie desinformiert, ja töricht ist es, einfach darüber hinwegzusehen, dass all unsere benachbarten Demokratien viel härtere Maßnahmen gegen das weitgehend unerforschte und damit umso gefährlichere Virus ergriffen haben? Sind vielleicht Ignoranz und Unbelehrbarkeit das noch gefährlichere Virus? Ulrich Mohr, Hochstadt

Zielorientiert gelenkt zum Wohl der Allgemeinheit

Die Demokratie muss unterschiedliche Meinungen verkraften. Bei obskuren oder gefährlichen Ansichten jedoch müssen die Andersdenkenden wachsam sein und Position beziehen. Die aktuellen Widerstände/Demos gegen die Corona-bedingten Einschränkungen kommen nicht unerwartet. Jedoch die teilweise irrwitzigen Inhalte und die Verbindung der Demos mit radikalen Linken und Rechten dürfen nicht unkommentiert bleiben.

Deutschland ist in der Corona Epidemie weltweit ein positives Beispiel für die erfolgreichen Kooperationen zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Als Demokratie haben wir uns erneut bewährt. Wir wurden keiner Freiheiten „beraubt“, sondern durch unsere Freiheit mit größtmöglicher Offenheit zum Wohle des Volkes zielorientiert gelenkt.

Ich bin überzeugt, dass die große Koalition und die Wissenschaft insgesamt exzellente und verdienstvolle Arbeit geleistet haben. Bei diesem neuen Virus hat die Wissenschaft – wohl wissend und bekennd, vieles noch nicht zu wissen – fair Berichte erstattet. Jeden Tag was Neues zu erkennen und zu publizieren ist besser als jeden Tag keine oder falsche Infos zu verbreiten.

Die Aufgaben/Ziele zur Überwindung der Pandemie hatten und haben für die Regierung absolute Priorität und nicht parteipolitische Eigeninteressen. Es geschahen überraschende „Wunder“. Z.B. das Lob des bayrischen Ministerpräsidenten für die Arbeit der Kanzlerin, die öffentlich bekundeten Gemeinsamkeiten der Koalitionäre oder der Wandel der von politischem Taktieren dominierten Talk-Shows zu von hoher Sachlichkeit und verständnisvollem Zuhören geprägten Diskussionsrunden. Die Auftritte der Kanzlerin waren von umfassender Sach- plus tiefer emotionaler Kompetenz bestimmt. Die erste „Corona-Fernseh-Ansprache“ der Kanzlerin wird in die Geschichte eingehen. Egal wie man politisch zu ihr steht, aber vertrauen kann man ihr.

Coronabedingte ökonomische Probleme können wir lösen, aber coronabedingte Sterbefälle können wir nicht rückgängig machen. Deshalb: Bitte nicht zu spät, aber auch bitte nicht zu früh! Gerhard Liebermann, Dreieich

Diskussion: [frblog.de/coronademos](https://www.frblog.de/coronademos)



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Stephan Hebel spricht über die Politik von Angela Merkel und die Rolle der Medien in der politischen Debatte. **Donnerstag, 28. Mai, 19 Uhr** **Presseclub Nürnberg. Teilnahme über folgenden Facebook-Account:** <https://m.facebook.com/PresseclubNuernberg>

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefes dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20200525](https://www.frblog.de/lf-20200525)

Gerechte Sprache

Sexuelle Gewalt: „Nicht alleinlassen“, FR-Meinung vom 12. Mai

Als regelmäßige Leserin der Frankfurter Rundschau möchte ich heute eine Anmerkung zu dem Artikel von Thoralf Cleven machen.

Abgesehen von meinem Erstaunen darüber, dass darin der Rückschluss gezogen wird, nur weil die Polizeistatistik eine Zunahme der Missbrauchsfälle aufzeigt, würde sexualisierte Gewalt gegen Kinder zunehmen – und das, nachdem in dieser Coronazeit so unglaublich viel über Umgang mit Statistiken philosophiert wird und was Zahlen uns tatsächlich aufzeigen (und was halt auch nicht) –, werde ich zunehmend verärgert über den fehlenden Gender-Sprachcode!

Mit einer Selbstverständlichkeit lese ich von Ablehnen von „Taten und Tätern“, was völlig unterschlägt, dass sexuelle Gewalt gegen Kinder auch von Frauen ausgeübt wird, so dass es an dieser Stelle dringend erforderlich wäre, von „Tätern und Täterinnen“ zu schreiben, da all diejenigen Betroffenen, die von Frauen Gewalt erlebt haben, sich überhaupt nicht angesprochen bzw. gemeint fühlen.

Zudem wird am Ende des Artikels über die personelle Ausstattung nachgedacht und ich lese von „Lehrer, Erzieher oder Betreuer“, ungeachtet der Tatsache, dass wir es hier mit einem Berufsfeld zu tun haben, das zumindest in der Berufsgruppe der „Erzieher“ fast ausschließlich von Frauen getätigt wird.

Damit sich eine gesellschaftliche Haltung im Denken ändern kann, stelle ich den dringenden Appell an die Redaktion, zukünftig auf gendergerechte Sprache zu achten. Ansonsten fühle ich mich als Abonnentin und Leserin Ihrer Zeitung nicht mehr gesehen, gemeint, angesprochen.

Ich würde mich auch sehr freuen, wenn ich Artikel lesen könnte, in denen sowohl in der Einzahl als auch im Plural von Politikerinnen, Ärztinnen, Philosophinnen geschrieben wird.

Anka Krug, Karlsruhe

Kein Schutz für Erzieherinnen und Erzieher

Notbetreuung: „Eltern fühlen sich allein gelassen“, „In Sachsen startet nach den Sommerferien der reguläre Betrieb“, FR-Politik vom 16. Mai und FR.de vom 22. Mai

Erzieherinnen haben vermehrt Angst

Ich bin Erzieherin in einer Kita mit Notbetreuung. Die Notbetreuung wird immer weiter ausgeweitet, aber für uns gibt es keinen Schutz. Wir sollen auf Masken verzichten in der Arbeit, um die Psyche der Kinder nicht zu gefährden. Auf meine Nachfrage beim Personalrat begründet sich dies auf Vorgaben der Unfallkasse Hessen, dabei sind die doch nicht die Gesetzgeber. Und hier bricht es das bundesweite und landesrechtliche Infektionsschutzgesetz nach meiner Meinung.

Auch die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers sehe ich hier nicht. Im kleinen Rahmen könnte man das vielleicht noch so handhaben, aber wenn die Öffnungen zunehmen bei gleichzeitigen, nicht ausgedehnten Schutzmaßnahmen, werden die Kitas zu Infektions-

herden und Erzieherinnen vermehrt Covid-19-Intensivpatienten. Jede Berufsgruppe hat Schutzmaßnahmen ergriffen, nur wir sollen aus pädagogischen Gründen – und weil unsere Mimik so wichtig ist – nichts tragen, sondern weiterhin auf häufiges Händewaschen achten und viel an der Luft sein. Fragen sie mal nach, wie sich das in der Praxis gestaltet. Fragen sie, warum Erzieherinnen vermehrt Angst haben. Anonymisiert (Autorin der Red. bekannt)

Notbetreuung nur für präsenzpflichtige Arbeiten

Immer mehr Kinder werden in der Notbetreuung betreut. Und das sind nicht alle Kinder von Eltern, die einer präsenzpflichtigen Arbeit nachgehen, wie das z.B. Baden-Württemberg auf seiner Homepage klarstellt, oder dass nachgewiesen werden muss, dass eine familiäre oder anderweitige Betreuung nicht möglich ist. Hier sind immer mehr Kinder in der Notbetreuung, bei denen ein Elternteil nicht oder von zu Hause arbeitet und sich nun freut, dass sie nicht wie so viele andere die Doppelbelastung haben. Auch wird die Notbetreuung nicht nur während der tatsächlichen Arbeitszeit genutzt. Das ist äußerst unsolidarisch gegenüber anderen Familien, die präsenzpflichtige Arbeiten haben, dadurch unnötig vielen Kontakten ausgeliefert sind, und gegenüber den Betreuungspersonen, die sich bei der Arbeit nicht schützen können und daher auch vor jedem unnötige Sozialkontakt geschützt werden müssen. Ich wünsche mir vom Land Hessen, dass auch hier die Notbetreuung nur für präsenzpflichtige Arbeiten gilt. Es sollte auch Voraussetzung sein, dass das Kind nicht durch eine andere im Haushalt lebende volljährige Per-

son betreut werden kann, wie das in Bayern klar formuliert ist. Isabel Weidenbach, Frankfurt

son betreut werden kann, wie das in Bayern klar formuliert ist.

Isabel Weidenbach, Frankfurt

Sehenden Auges in die zweite Welle

Zwar sagen mehrere Studien, dass die Schließung von Schulen und Kitas den größten Effekt bei der bisherigen Eindämmung der Corona-Pandemie hatte. Aber: Das Distanzgebot in der Arbeit mit Kindern im Alter bis zur Einschulung lässt sich nicht umsetzen: Uwe Brandl: „Die Politik muss zulassen, dass wir mehr Kinder betreuen können, selbst wenn das mit einem höheren Risiko verbunden ist.“ Fazit aller bisherigen Vorbereitungen zu Kita- und Schulöffnungen: Mit sehenden Augen in die zweite Welle!

Peter Dressler, Frankfurt

Diskussion: [frblog.de/kitas-schulen](https://www.frblog.de/kitas-schulen)

SORRY

In unserem Artikel „Widewidewie sie uns gefällt ...“ zum 75. Geburtstag von Pippi Langstrumpf hat die Nachrichtenagentur dpa den Verlag Friedrich Oetinger, der die deutsche Erstausgabe veröffentlicht hat, nach Braunschweig verpflanzt. Wir haben diesen Fehler übernommen. Der Verlag ist seit seiner Gründung im Jahr 1946 in Hamburg angesiedelt ist.

Die **Hetzschrift „Fetö“**, die sich gegen Juden und Christen in der Türkei richtet, stammt nicht aus dem Verlag des Schwiegersohns von Präsident Erdoğan, Berat Albayrak, auch wenn diese Verlagsgesellschaft „Albayrak Media Group“ heißt. Das haben wir im Artikel „Hetze gegen Minderheiten“ (18.5., S. 5) verwechselt. Die „Albayrak Media Group“ ist gleichwohl mit Erdoğan verflochten.